

Die Schweiz als Hort europäischer Altersvorsorge

Autor(en): **Hummler, Konrad**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **81 (2001)**

Heft 11

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-166540>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DIE SCHWEIZ ALS HORT EUROPÄISCHER ALTERSVORSORGE

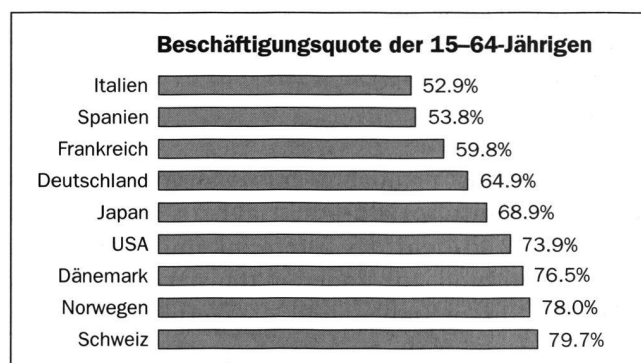
In einer alternden Gesellschaft wird das Problem der kollektiven und individuellen finanziellen Vorsorge immer akuter. Die Politik des Wohlfahrtsstaats ist an einem privaten Sparverhalten und an einer individuellen Alterssicherung selbstverantwortlicher und mündiger Menschen nicht interessiert.

Wenn ein Element wirtschaftlicher Zusammenhänge relativ einfach zu prognostizieren ist, dann ist es die Zusammensetzung der Bevölkerungsstruktur. Einmal abgesehen von Naturkatastrophen und kriegerischen Ereignissen, hält sich die Geburtenrate einer spezifischen Gesellschaft relativ konstant oder tendiert über längere Zeit in eine Richtung. Aus der Geburtenrate und der Tendenz ihrer Veränderung sowie aus der sich ähnlich verhaltenden Lebenserwartung lassen sich für die Jahre 2020, 2030 und so weiter bis etwa 2050 die wesentlichen demografischen Daten errechnen. Bei einigen Ländern Europas (Deutschland, Italien und Spanien) fallen dabei sehr tiefe Geburtenraten auf. Sie liegen deutlich unter dem für die gleichmässige Reproduktion notwendigen Wert von 2,1. Gleichzeitig erhöht sich die Lebenserwartung ziemlich stetig. Für die OECD schätzt man bis ins Jahr 2050 die durchschnittliche Lebenserwartung auf 82 Jahre; für Teile Europas tendieren die Werte heute schon in diese Richtung. Der Anteil der Übersechzigjährigen an der Gesamtbevölkerung steigt demnach ziemlich dramatisch an.

Das drohende Überalterungsproblem ist seit einiger Zeit bekannt und lässt Seminare, Tagungen und internationale Konferenzen zum Thema der *Aging Society* wie Pilze aus dem Boden schießen. Kaum eine Unternehmung, für die die Auswirkungen dieser Entwicklung nicht relevant wäre – man denke etwa an Lebensversicherungen, die Reisebranche oder an das ganze Gesundheitswesen. Wo und auf welche Weise kann man mit dieser sich verändernden Bevölkerungsstruktur künftig Geld verdienen, wo drohen neue Risiken? Auf aggregierter gesamtgesellschaftlicher Ebene interessiert dagegen eine ganz andere Frage. Wer wird in zehn, zwanzig und mehr Jahren für wen arbeiten und zahlen? Wie wird sich der Anteil der sogenannten aktiven Bevölkerung zur inaktiven verhalten? Denn bei aller Freude an der Automation und an weiteren Produktivitätssteigerungen darf man sich keinen Illusionen hingeben: Auch im Jahr 2050 wird noch gearbeitet werden müssen. Ja, vielleicht wird dies sogar in ganz besonderem Mass der Fall sein. Millionen von alten Menschen werden Pflege brauchen, und dazu taugen Roboter wenig.

Mittlerweile gibt es Vorstellungen zur Lösung des Überalterungsproblems. Die einen zielen in Richtung *Einwanderungspolitik*, die anderen in Richtung Verlängerung der Arbeitszeit. Beide scheinen ziemlich illusionär zu sein. An einer Konferenz am Kieler Institut für Weltwirtschaft wurde errechnet, dass zur Beibehaltung des Verhältnisses zwischen Erwerbstätigen und Rentnern bis ins Jahr 2050 sich die Bevölkerung Europas um 400 Millionen Individuen auf 1,2 Milliarden erhöhen müsste. Bei einer negativen Geburtenrate bedeutete dies eine Zuwanderung in der Grössenordnung von über 500 Millionen Menschen. Man braucht nicht politisch wertend zu argumentieren, wenn man dies als schlicht unmöglich taxiert.

Die *Verlängerung der Lebensarbeitszeit* ist der andere logische Lösungsvorschlag für die Überalterungsproblematik. Zum Beispiel könne man das Rentenalter an die jeweilige Lebenserwartung knüpfen, wird von wissenschaftlicher Seite vorgeschlagen. Das Problem liegt nur darin, dass alles genau in die andere Richtung weist: kaum ein Land, in welchem über ein höheres Pensionierungsalter auch nur ansatzweise gesprochen würde. Ja, schlimmer noch: Die so genannt aktive Bevölkerung erweist sich bei Lichte besehen als bedeutend passiver, als man dies gemeinhin glaubt.



Quelle: OECD; eigene Darstellung

Zwischen 55 und 65 Jahren liegt die Beschäftigungsquote vielerorts deutlich unter 50 Prozent. Es

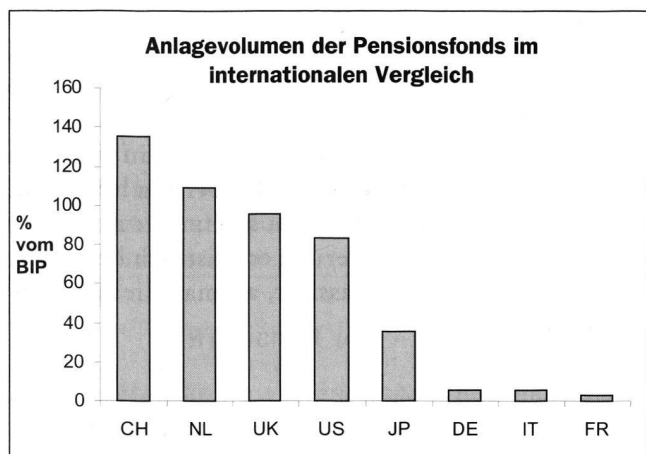
sind mit anderen Worten noch weniger «Aktive», welche die «Passiven» tragen müssen.

Die Frage der Finanzierung

Die Länder Europas mit ihrer sozialdemokratischen Tradition weisen im Vorsorgebereich zumeist Systeme auf, die das Umlageverfahren vor den Systemen mit Kapitaldeckung bevorzugen. Beim Umlageverfahren finanziert der «aktive» Teil der Bevölkerung die inaktiven Generationen der Kinder und Jugendlichen sowie der Rentner. Mittels Abzügen beim Bruttolohn werden die Mittel für die Transferzahlungen an die Pensionierten geäufnet; die Versorgung der Jugendlichen obliegt (vorderhand noch?) eher innerfamiliären Transferleistungen.

Systeme mit Kapitaldeckung beruhen auf dem individuellen oder auch mehr oder weniger kollektiv organisierten Konsumverzicht zugunsten einer Kapitalbildung. Meistens spricht man von einer zweiten Säule im kollektiven Sparbereich und von einer dritten Säule im individuellen, steuerlich begünstigten Bereich. Die vierte Säule, das Sparen auf individueller Ebene und in voller Eigenverantwortung, findet dagegen kaum Erwähnung.

Die Kernländer Europas, also Deutschland, Frankreich und Italien, neigen in extremer Weise zum Umlageverfahren. Die nachstehende Grafik zeigt das



Quelle: Deutsche Bank Research

Verhältnis des vorhandenen Pensionsvermögens zum jeweiligen Bruttosozialprodukt auf. In Deutschland stammen 82 Prozent des Alterseinkommens aus der ersten Säule und aus anderen transfer-finanzierten Quellen. Nur in Italien sind die Verhältnisse noch krasser.

Kombiniert man nun die demografischen Erkenntnisse mit der Struktur der Vorsorgesysteme in diesen Kernländern der EU, dann gelangt man unschwer zur Einsicht, dass hierin eine der ganz grossen Schwächen und gleichzeitig eine der alles entschei-

denden politischen Herausforderungen der europäischen Gemeinschaft liegt. Ein Fortschreiben der bisherigen Sozialpolitik, ein Durchmogeln mit allen möglichen politischen Versprechungen kann oder dürfte es eigentlich nicht geben. Immer höhere Transferprozente als Teil des Bruttolohns werden den Faktor Arbeit in einem Mass belasten, dass die EU weit entfernt von den notwendigen Wachstumswerten stagnieren wird.

Eine dritte Argumentationslinie für Lösungen der Aging Society-Problematik liegt in der Kombination der beiden ersten (d.h. Migration + Rentenaltererhöhungen) mit einer ausgesprochen auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik. Wirtschaftswachstum ist gleichbedeutend mit Produktivitätssteigerungen, und Produktivitätssteigerungen erfolgen nur unter günstigen Voraussetzungen für Investitionen. Investiert wiederum kann nur werden, wenn dazu auch genügend Kapital vorhanden ist.

Die Kapitalbildung fehlt

Wir vermuten, dass der EU-Bürger um die Ausichtslosigkeit der bestehenden Alterssicherungssysteme in der EU weiss oder sie zumindest erahnt. Darin liegt der Grund, weshalb sich so viele trotz Steuerlast oder an dieser vorbei eine Absicherung ausserhalb des Organismus leisten.

Die Übermacht von transferorientierten Vorsorgesystemen ist unseres Erachtens die Ursache für eine weitere strukturelle Schwäche des Alten Kontinents gerade gegenüber den USA: Europa bildet zu wenig Kapital. Indem ein grosser Teil des nicht für den Konsum bestimmten privaten Einkommens nicht in den Spartopf, sondern in (steuerähnliche) Transferleistungen wandert, verringert sich das Sparpotenzial und damit die Möglichkeit zur Kapitaläufnung markant. Zwischen Sparen, Kapitaläufnung, Investitionen und Wirtschaftswachstum gibt es einen engen Zusammenhang. Je höher das aus Sparanstrengungen fliessende Kapital, desto investitionsfreudiger kann eine Volkswirtschaft gedeihen. Neueste Untersuchungen weisen darauf hin, dass die Förderung erhöhter Sparquoten durch Senkung, allenfalls Eliminierung bestimmter Einkommenssteuern (wozu auch Leistungen an die 1. Säule gehören) einen bisher unterschätzten Effekt auf die Kapitalbildung und die Investitionsneigung einer Gesellschaft haben.

Europas Unternehmungen, namentlich auch die kleinen und mittleren, finanzieren sich traditionell weitgehend über Bankkredite. Einen sie alimentierenden Kapitalmarkt gibt es nur ansatzweise. Dies führt zu eher pessimistischen Voraussagen. Zunächst glauben wir aufgrund politökonomischer Überlegungen kaum daran, dass dem politischen System in der EU und in bestimmten Mitgliedsländern wirklich

daran gelegen ist, vom Umlageverfahren konsequent wegzukommen. Das Umlageverfahren schafft Untertanen. Das in 10, 20 und mehr Jahren notwendige Aushandeln von Umverteilungsbedingungen zwischen den Generationen erweitert den Spielraum und die

*Zwischen Sparen, Kapitaläufnung,
Investitionen und Wirtschaftswachstum
gibt es einen engen Zusammenhang.*

Macht des politischen Systems. Für Leute, denen es um die Maximierung von politischer Macht geht, bestehen keinerlei Anreize, an den Strukturen zu rütteln. Selbst wenn offenkundig das Desaster droht – und das tut es – dann erweisen sich solche Strukturen als erstaunlich persistent. Kapitaldeckung und privat gehaltenes Eigenkapital dagegen schüfe freie und mündige Bürger. Alle Erkenntnisse der politischen Theorie weisen darauf hin, dass die Politiker – unbesehen der politischen Couleur – darin kein lohnendes Ziel sehen.

Die Differenzen zwischen den vorhandenen Pensionsvermögen in den EU-Kernländern und beispielsweise England oder den Niederlanden weisen darüber hinaus eher in eine andere Richtung: Es würde nicht verwundern, wenn bald einmal von Brüssel aus eine Initiative zu einer «Rentenharmonisierung» gestartet würde. Das Ziel wäre, wie immer, innerhalb des EU-Binnenmarktes «gleich lange Spiesse» zu schaffen; der Effekt liefe auf einen Raubzug der einen gegen die andern hinaus.

Es wird spannend sein, inwieweit die Erkenntnis grundlegender struktureller Unterschiede die Briten in ihrer Haltung beeinflussen wird, der Währungsunion beizutreten oder nicht. Jenseits des Ärmelkanals existiert, beinahe wie jenseits des Atlantiks, ein florierender Kapitalmarkt. So mir nichts, dir nichts werden die Engländer ihre harte Währung, ihr Pensionssystem und ihren Kapitalmarkt kaum opfern. Von diesen Entwicklungen wird der weitere Kursverlauf des Euro aber massgeblich abhängen.

Und das Schweizer Bankgeheimnis?

Der hiesige Bankenplatz ist eine der beliebtesten Destinationen für das nach den vorstehenden Überlegungen definierte Vorsorgesparen. Als Nichtmitglied der EU und mit eigener Währung erfüllt die

Schweiz geradezu ideal die Bedingungen für die Kapitaläufnung ausserhalb des jeweiligen Organismus der Kunden. Es sind nicht primär fiskalische Gründe (sprich Steuerhinterziehung), die den Europäer zur Kapitaläufnung ausserhalb seines Systems bewegen. Die Erfahrung zeigt im Gegenteil, dass Ausländer in der Schweiz oft in Finanzinstrumente (z.B. Aktien) investieren, die zu Hause auch nicht oder nur gering besteuert würden! Aber eben: Der Europäer hat vor derhand wenig Grund, jegliches Misstrauen gegenüber seinem System abzustreifen. Die Nachfrage nach Orten auf der Welt, wo man «ultimatives Eigenkapital» bilden kann, wird anhalten.

So gesehen wird der Finanzplatz Schweiz in nächster Zeit an Bedeutung gewinnen. Denn innerhalb der EU wird das filigrane Netz, falls die Politik mit dem Meldeverfahren greift, kaum überleben können. Die Frage bleibt offen, ob die Schweiz dem jetzt schon offenkundigen und sich vermutlich noch verstärkenden Druck aus Brüssel standhalten können. Die Schweizer Regierung hat gegenüber der EU ihre Bereitschaft erklärt, über eine Vereinnahmung von Steuern auf Zinseinkommen zu verhandeln. Das Bankgeheimnis hingegen sei sakrosankt.

*Die Nachfrage nach Orten auf der Welt,
wo man «ultimatives Eigenkapital»
bilden kann, wird anhalten.*

Wenn unsere Vermutung stimmt, dass fiskalische Gründe nur zu einem Teil das Bedürfnis nach «Geld in der Schweiz» nach sich ziehen, dann ist die schweizerische Haltung bezüglich einer (angemessenen!) Zinsbesteuerung durchaus konsistent. Die sachliche Verknüpfung der Existenz des Bankgeheimnisses mit der Unfähigkeit Europas, seine Altersvorsorge glaubwürdig zu regeln und für seine Wirtschaft genügend Kapital zu äufnen, dürfte jedoch da und dort noch Kopfzerbrechen und Ärger bereiten. ♦

Vgl. dazu auch: Anlagekommentar Nr. 209 vom 2. Juli 2001.
(www.wegelin.ch)

KONRAD HUMMLER, geboren 1953, studierte an der Universität Zürich Jurisprudenz und in Rochester (N.Y.) Ökonomie. Er ist seit 1991 Teilhaber von Wegelin & Co., Privatbankiers, St. Gallen. Autor verschiedener polit-ökonomischer Studien und der etwa im Monatsrhythmus erscheinenden Wegelin-Anlagekommentare.